

II-3477 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 16. Feber 19 82
Stubenring 1
Telephon 75 00

Zl. IV-50.004/88-2/81

1633 /AB

1982 -02- 17
zu 1636 J.

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. WIESINGER
und Genossen an den Bundesminister für
Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Erhaltung der Kammerzugehörigkeit für
pensionierte Ärzte (Nr. 1636/J-NR/1981)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen
gestellt:

- "1. Sind Sie bereit, dem Nationalrat in angemessener Frist
eine Regierungsvorlage zur Änderung des Ärztegesetzes
zur Beschlußfassung vorzulegen, mit der die Aufwertung
der Pensionisten unter den Ärzten vorgenommen werden soll?
2. Wenn ja, bis wann ist damit zu rechnen?
3. Welche grundsätzlichen Änderungen werden Sie dabei in
Angriff nehmen?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Diese Frage möchte ich als Arzt und Gesundheitsminister ein-
deutig und klar mit ja beantworten.

-2-

Zu 2. und 3.:

Die Frage einer Mitbestimmung sowohl für

- Ärzte, die ihren Beruf nicht ausüben bzw. (noch) nicht in der Ärzteliste eingetragen sind, als auch für
- Ärzte, die ihre Berufsausübung eingestellt haben (Pensionisten),

war von Beginn an Gegenstand des Themenkataloges für die nächste Ärztegesetznovelle.

Wie auch in den übrigen Problemkreisen strebe ich insbesondere in dieser standespolitischen Frage eine Konsenslösung mit der Österreichischen Ärztekammer als der gesetzlichen Interessenvertretung der österreichischen Ärzteschaft an.

In den Gesprächen zwischen meinem Bundesministerium und der Österreichischen Ärztekammer hat sich allerdings gezeigt, daß die Willensbildung kammerintern noch nicht abgeschlossen ist. Ich darf daher um Verständnis dafür ersuchen, daß ich nähere Aussagen über Inhalt und Zeitpunkt der in Rede stehenden Novellierung des Ärztegesetzes erst dann treffen werde, wenn seitens der Österreichischen Ärztekammer konkrete Vorschläge für die Lösung dieser standespolitischen Frage vorliegen.

Der Bundesminister:

